

Sitzungsperiode 2020-2021  
Sitzung des Ausschusses IV vom 8. September 2021

---

### FRAGESTUNDE\*

• **Frage Nr. 757 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum österreichisch-französischen Totimpfstoff von Valneva**

Der österreichisch-französische Impfstoffhersteller Valneva gab am 23. August 2021 bekannt, dass Grossbritannien für seinen Impfstoff (VLA2001) ein Zulassungsverfahren aufgenommen hat. In Europa ist er der erste auf einem inaktiven Virus basierenden Impfstoff (Totimpfstoff), der sich in einem Zulassungsverfahren befindet. Das Unternehmen erwartet zu Beginn des vierten Quartals 2021 erste Ergebnisse aus seiner entscheidenden Massenstudie CoV-Compare.

Valneva rechnet bis Ende 2021 mit einer Zulassung. Seit September 2020 arbeitet das Unternehmen mit dem britischen Staat zusammen, der die Studien finanziert hat und bereits 100 Mio. Dosen für 2021 und 2022 vorbestellt hat. Ein geplanter Vertrag mit der EU soll allen Mitgliedsstaaten die Möglichkeit einräumen, in einem ersten Schritt gemeinsam 30 Mio. Dosen zu erwerben - inklusive einer Option auf weitere 30 Mio. Impfdosen.

Neben der Cov-Compare Studie führt Valneva eine weitere Studie mit älteren Menschen durch, um einen Impfstoff gegen verschiedene Virusvarianten zu entwickeln.

Darüber hinaus wird auch eine Cov-Boost Studie durchgeführt, die den Totimpfstoff als Auffrischungsimpfung testet.

An der ersten Studie nahmen 153 gesunde Personen im Alter zwischen 18 und 55 Jahren teil. In der Massenstudie soll sich nun zeigen, wie wirksam VAL2001 tatsächlich ist.

Wir von der Vivant-Fraktion werden uns hier und heute sicher nicht für den Impfstoff von Valneva aussprechen, denn genau wie bei allen anderen Impfstoffen fehlen die Langzeitstudien. Man kann aber sagen, dass es sich bei Valneva zumindest um einen Impfstoff handelt und nicht um eine Gentherapie.

Des Weiteren sind wir der Meinung, dass Impfstoffe keine Viruserkrankungen ausrotten können. Wir müssen damit leben, unser Immunsystem stärken und die wirksamen Medikamente, die zu Verfügung stehen, endlich zielgerichtet einsetzen.

Trotzdem hat die Bevölkerung ein Anrecht darauf nähere Informationen zu erhalten:

Hierzu lauten unsere Fragen:

- *Haben Sie nähere Informationen in Bezug auf Einkauf dieses Impfstoffes seitens der Föderalregierung?*
- *Werden noch andere Totimpfstoffe auf den europäischen Markt kommen?*
- *Wann ist mit diesen Impfstoffen zu rechnen?*

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

- **Frage Nr. 758 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zur dritten Impfdosis für immungeschwächte Personen**

Das Ministerium der DG kündigte am Mittwoch, 1. September, in einer Mitteilung an, dass es eine Nachimpfung für Menschen mit schwachem Immunsystem geben wird. Die Einladungen sollen ab Mitte des Monats verschickt werden.

In der hiesigen Presse war zu lesen, dass neueste Studien darauf hindeuten, dass immungeschwächte Personen nach einer Grundimpfung weniger geschützt sind. Der hohe Gesundheitsrat hat deshalb empfohlen, die Hochrisikopatienten zu einer zusätzlichen Impfung einzuladen.

Das Belgien sich mit dieser Booster-Impfung (wie in der Vergangenheit zum Datenschutz) wieder einmal auf dünnem Eis bewegt, fand in der belgischen Presse keine Aufmerksamkeit.

Laut infodujour.fr und ouestfrance.fr übernimmt die Europäische Kommission für eine dritte Dosis des Covid-Impfstoffes keine Verantwortung wenn etwas schief geht. Der Grund ist, dass die Europäische Arzneimittel-Agentur das Prinzip der dritten Dosis noch nicht validiert hat.

Die Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU), die beschlossen haben, Auffrischkampagnen für den Covid-19-Impfstoff zu starten, könnten sich erhöhten rechtlichen Risiken aussetzen, da die Verabreichung einer Auffrischungsimpfung noch nicht von der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) empfohlen wurde, erinnerte die Europäische Kommission am Donnerstag (26. August 2021).

Die EMA, die europäische Arzneimittelzulassungsbehörde, hat wiederholt erklärt, dass sie nicht über ausreichende Daten verfügt, um entscheiden zu können, ob eine Covid-19-Auffrischungsimpfung erforderlich ist und wann sie verabreicht werden sollte.

Auffrischungsdosen sind derzeit nicht in den bedingten Marktzulassungen für Covid-19-Impfstoffe enthalten und wurden von der EMA aufgrund unzureichender Daten noch nicht wissenschaftlich bewertet, so die Europäische Kommission in einer Erklärung gegenüber Reuters am Donnerstag. Die Verantwortung für die Aufnahme der Auffrischungsimpfungen in die nationalen Impfkampagnen liegt daher bei den Mitgliedstaaten, so die Kommission in ihrer Mitteilung.

Acht europäische Länder wollen bis dato eine Impfauffrischung einführen.

Dies könnte bedeuten, dass im Falle unerwarteter Nebenwirkungen, die speziell auf die Booster zurückgeführt werden könnten, die betroffenen Staaten als erste die Hauptlast etwaiger Klagen oder Entschädigungsforderungen zu tragen hätten.

Nach Angaben des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) empfehlen neben Frankreich, Österreich, Belgien, Ungarn, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg und Slowenien diese Auffrischungsimpfungen. Deutschland plant, im Herbst dasselbe zu tun, und 13 weitere Länder, darunter Italien, erwägen dies.

Wir von der Vivant-Fraktion fordern den Staat auf das Vorsorgeprinzip einzuhalten. Diese Impfungen haben alle nur eine bedingte Zulassung und die Langzeitwirkungen sind nicht bekannt. Nun Booster-Impfungen vorzunehmen, worüber es nicht einmal eine Studiengruppe gibt, ist einfach verantwortungslos.

Länder, die Auffrischkampagnen durchgeführt haben, begründen dies mit der nachlassenden Immunreaktion bei geimpften Personen sowie mit der Notwendigkeit, die jüngsten Ausbrüche der hochansteckenden Delta-Variante des Coronavirus SARS-CoV-2 einzudämmen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat in den letzten Monaten wiederholt von solchen Auffrischkampagnen abgeraten und darauf hingewiesen, dass die Verbesserung der Durchimpfungsrate in Entwicklungsländern Priorität hat.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Weshalb riskiert der belgische Staat die Hauptlast etwaiger Klagen oder Entschädigungen selber tragen zu müssen obschon die EMA erklärt, dass sie nicht über ausreichend Daten verfügt, um entscheiden zu können, ob und wann eine Auffrischungsimpfung verabreicht werden sollte?*
- *Wie können schwere Nebenwirkungen einer Booster-Impfung ausgeschlossen werden, obschon es keine Studien über Auffrischungsimpfungen gibt?*

• **Frage Nr. 759 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Verabreichung einer möglichen dritten Impfdosis**

Menschen mit einer Immunschwäche sollen auch in Belgien eine dritte Impfdosis erhalten können. Dazu zählen beispielsweise Menschen, welche an HIV oder Leukämie erkrankt sind. Die Impf-Taskforce schätzt die Anzahl berechtigter Personen in Belgien auf 425.000.

Verabreicht werden sollen ausschließlich mRNA Impfstoffe, sprich diejenigen von Pfizer/BIONTECH oder Moderna.

Meine Fragen an Sie, Herr Minister, lauten:

- *Wie hoch schätzen Sie die Anzahl berechtigter Personen in der DG ein?*
- *Wie werden diese ermittelt und kontaktiert?*
- *Wird diese Gruppe in Zukunft ausgeweitet werden, beispielsweise auf gewisse Altersgruppen?*

• **Frage Nr. 760 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS bezüglich alternativer Medikamente zur Behandlung von Covid-19**

Am 12.07.2021 hat das Institut Pasteur einen Artikel<sup>1</sup> veröffentlicht, dass Forscher des Instituts herausgefunden haben, dass das Molekül Ivermectin, welches als Antiparasitikum vermarktet wird, im Tierversuch vor Covid-19-Symptomen schütze. Die Einnahme von Ivermectin begrenze eine Entzündung der Atemwege und die damit verbundenen Symptome und schütze außerdem vor Geruchsverlust. Auf die Verbreitung des SARS-CoV-2-Virus habe das Molekül zwar keinen Einfluss gehabt, aber die Ergebnisse der Studie, welche am 12.07.2021 in der Zeitschrift EMBO Molecular Medicine veröffentlicht wurden, legen nahe, dass Ivermectin als Therapeutikum gegen Covid-19 in Betracht gezogen werden könnte.

Mehrere therapeutische Ansätze gegen Covid-19 beim Menschen auf der Grundlage von Virostatika (z. B. Remdesivir) oder Immunmodulatoren (z. B. Dexamethason, Tocilizumab) seien zur Bekämpfung der Krankheit untersucht worden, haben jedoch nur begrenzte therapeutische Wirkung gezeigt oder waren sogar unwirksam.

Die Vivant-Fraktion hat bereits in der Vergangenheit mehrmals auf alternative Medikamente zur Behandlung von Covid-19 hingewiesen (z.B. Hydroxychloroquin) und auf die dringende Notwendigkeit, erkrankten Personen eine Behandlung anbieten zu können.

---

<sup>1</sup> 2021-07-12-Pasteur-L'ivermectine atténue les symptômes de la Covid-19 dans un modèle animal.pdf - <https://www.pasteur.fr/fr/espace-presse/documents-presse/ivermectine-attenuue-symptomes-covid-19-modele-animal>

Unsere Fragen an Sie lauten wie folgt:

- *Sind Sie über diese Forschungsergebnisse informiert?*
- *Wurde dies in der interministeriellen Konferenzen besprochen?*
- *Setzen Sie sich für eine Behandlung mit Ivermectin oder mit anderen Medikamenten ein bzw. würden Sie es tun?*

• **Frage Nr. 761 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Thema Selbsthilfegruppe für Depressionen**

Im GrenzEcho-Artikel vom 26.05.2021<sup>2</sup> wird berichtet, dass das Animationszentrum Ephata in Eupen eine Selbsthilfegruppe für Menschen mit Depressionen starten werde, da Depressionen durch die Kontaktbeschränkungen und andere Auswirkungen der Maßnahmen während der Corona-Krise begünstigt worden seien.

Auf die ernstzunehmenden psychischen Folgen der unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen hat die Vivant-Fraktion schon unzählige Male hingewiesen. Es muss dringend weitere Hilfe für Betroffene geschaffen werden!

Desweiteren haben wir eine SF zur mentalen Gesundheit bei Kindern eingereicht, wo es ebenfalls darum geht, die fehlgeleitete Corona-Politik aufzuarbeiten und Wege zu finden unseren Kindern und Jugendlichen Hilfestellung zu gewähren, in einer Welt wo Psychologen Mangelware sind. Die Thematik würde aber den Rahmen einer MF sprengen.

Aber auch die Erwachsenen leiden und haben gelitten und Initiativen wie Selbsthilfegruppen sind zu begrüßen: Denn geteiltes Leid ist oft halbes Leid.

Im Rahmen Ihrer Verantwortlichkeit als Gesundheitsminister haben wir folgende Fragen an Sie:

- *Besteht diese Selbsthilfegruppe fort?*
- *Erhält die Selbsthilfegruppe Bezuschussungen von der DG?*
- *Gibt es weitere Selbsthilfegruppen für Menschen, die an Depressionen leiden?*

• **Frage Nr. 762 von Frau KEVER (SP) an Minister ANTONIADIS bezüglich Alternativen zur Impfpflicht**

In Belgien ist eine Debatte um eine Pflichtimpfung gegen Covid19 für Pflegekräfte losgetreten.

Länder wie Frankreich oder Griechenland haben eine solche Impfpflicht in diesem Sektor bereits eingeführt – trotz mitunter heftiger Widerstände seitens Teile des Pflegepersonals und der allgemeinen Bevölkerung.

Die Einführung einer solchen Verpflichtung für Pflegende ist – ungeachtet der persönlichen Befürwortung oder Ablehnung der Covid19-Impfungen – ein tiefer Einschnitt in die Persönlichkeitsrechte eines Menschen.

Der Föderalstaat hatte bisher von der Einführung einer solchen Impfpflicht abgesehen. Nun ist sie aber im Gespräch und wird von einigen Politikern im Land mit Nachdruck gefordert.

---

<sup>2</sup> 2021-05-26-GE-Selbsthilfegruppe für Depressionen startet.pdf - <https://www.grenzecho.net/56214/artikel/2021-05-26/selbsthilfegruppe-fur-depressionen-startet>

Die Regierung der DG hat bisher in dieser Frage eine dezidierte Meinung an den Tag gelegt und das Prinzip der Freiwilligkeit vertreten.

Ich habe immer wieder in meinen Interventionen in diesem Hause die Wichtigkeit der persönlichen Wahlfreiheit und Eigenverantwortung eines Jeden für sich selbst und sein gesellschaftliches Umfeld – in Bezug auf die Impfung und darüber hinaus – hervorgehoben und gefordert.

In den letzten Tagen und Wochen sind immer wieder Pflegende an mich herangetreten, die sich Sorgen darüber machen ihr Recht auf Selbstbestimmung über ihren Körper an eine Impfpflicht zu verlieren und sich impfen lassen zu müssen – obwohl sie das aus verschiedenen Gründen nicht möchten –, wenn sie ihren Beruf weiter ausüben wollen. Einige haben mir offen gesagt, dass sie sich lieber beruflich umorientieren als sich die Impfung aufzwingen zu lassen. Das gibt – vor dem Hintergrund des eh schon horrenden Fachkräftemangels – zu denken...

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft zwar nicht für die Krankenhäuser wohl aber für die Wohn- und Pflegezentren zuständig ist, möchte ich Ihnen, Herr Minister Antoniadis, folgende Fragen stellen:

- *Für wie wahrscheinlich halten sie die Einführung einer Impfpflicht für Pflegekräfte?*
- *Hat die Regierung der DG andere Möglichkeiten als eine Impfpflicht in Betracht gezogen, um sowohl dem Schutz der Bewohner der WPZs einerseits Rechnung zu tragen als auch das Prinzip der Freiwilligkeit für die Beschäftigten andererseits zu respektieren?*

• **Frage Nr. 763 von Frau KEVER (SP) an Minister ANTONIADIS zum Hochwasser-Soforthilfeprogramm**

Vor dem Hintergrund der schweren Überschwemmungen im Juni dieses Jahres, die auch unsere ostbelgische Heimat schwer getroffen haben, hat die Regierung der DG ein unbürokratisches Soforthilfeprogramm auf die Beine gestellt, das Betroffenen ermöglicht eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 2500€ anzufragen. Dem Bericht des GrenzEcho vom 30. August 2021 über die Raumordnung ist zu entnehmen, dass – alleine beim ÖSHZ Eupen – bisher 550 Anträge für diese Unterstützung eingegangen sind.

Meine Fragen dazu:

- *Gibt es seitens der ÖSHZs Rückmeldungen, wie diese Hilfe im Allgemeinen in der DG in Anspruch genommen wird?*
- *Welche Erfahrungen haben die ÖSHZs bei der Bearbeitung der Anfragen zu dieser Soforthilfe gemacht?*
- *Nach welchen Richtlinien sind die Kriterien zur Inanspruchnahme dieser Soforthilfe ausgearbeitet worden?*

• **Frage Nr. 764 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS bezüglich Zuschüssen zum Wiederaufbau von Heizungen**

In Folge der Überflutungen mussten viele Anwohner Schäden beklagen. Darunter eine sehr hohe Zahl an Heizungen, die beschädigt oder zerstört wurden und nun ersetzt werden müssen. Da es sich dabei um eine sehr kostspielige Investition handelt, ist davon auszugehen, dass die Kosten die Möglichkeiten vieler Mitmenschen übersteigen.

Der Klimawandel muss, das hat sich einmal mehr gezeigt, mit aller Zielstrebigkeit im Zaum gehalten werden. Dazu hat die DG mit ihrer Kompetenz in Sachen Energieprämien einen

neuen Hebel in die Hand bekommen. In dieser Zeit wäre es wünschenswert, diesen maximal zu nutzen.

Deshalb lauten unsere Fragen:

- *Welche Möglichkeiten hat die DG, den Ankauf und die Installation von neuen Heizungen zusätzlich zu unterstützen?*
- *Welche langfristigen Ziele setzt sich die DG in Sachen Energieprämien, Energieeffizienz und Ressourceneffizienz?*

• **Frage Nr. 765 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur Unterstützung der von den Überschwemmungen betroffenen sozialen Organisationen**

Die Naturkatastrophe vom 14.-15. Juli 2021 ist für große Teile von Eupens Unterstadt längst noch nicht überwunden. Zahlreiche soziale Einrichtungen, die für die Stadt und für die gesamte DG von Bedeutung sind, beteiligen sich mit verstärkten Ressourcen und gebündelter Kraft am Wiederaufbau. Viele der beteiligten Organisationen befinden oder befanden sich dabei selbst im Überschwemmungsgebiet, was den Wiederaufbau nicht erleichtern dürfte.

Wir wollen uns gerne einen konkreten Überblick über die Situation in Ostbelgien machen und prüfen, ob soziale Einrichtungen in der DG auch von Seiten der Politik nun Unterstützung benötigen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich heute folgende Fragen an Sie richten:

- *Welche sozialen Einrichtungen in der DG sind vom Hochwasser betroffen?*
- *Welche schnellen und welche langfristigen Unterstützungen sind für diese Organisationen geplant?*

• **Frage Nr. 766 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Voranschreiten der Impfkampagne in der DG**

Zur Impfkampagne machte DG-Ministerpräsident Oliver Paasch in Zusammenhang mit dem Konzertierungsausschuss von Ende August 2021 folgende Äußerungen: *"Die Impfkampagne ist auf einem guten Weg [...] Dieser Statistik muss man noch die vielen Grenzgänger hinzufügen die sich in Luxemburg oder der Bundesrepublik Deutschland haben impfen lassen. Dennoch gibt es auch bei uns noch Luft nach oben"*.

Mittlerweile liegt die DG in Sachen Impfquote hinter dem Rest der Wallonischen Region. Der nationale Fortschritt der Kampagne sei vor allem in Großstädten und insbesondere in Armutsvierteln stockend. Dort setzt man jetzt auf direktere und delokalisierte Maßnahmen mit ersten Erfolgen. Die DG ist hingegen klein, eher ländlich und sozial durchmischt.

Im Namen der Ecolo-Fraktion stelle ich Ihnen diesbezüglich folgende Fragen:

- *Wie erklären Sie sich diesen kontrastierenden Sachverhalt?*
- *Ziehen Sie ebenfalls ein lokaleres, näheres Impfangebot in Erwägung?*
- *Welche Mechanismen werden inzwischen angewandt, um diese "Dunkelziffer" der im Ausland Geimpften in die belgische Statistik einfließen zu lassen?*

- **Frage Nr. 767 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zu den Bewohnerzahlen und Wartelisten der WPZS**

Einer Studie der unabhängigen Krankenkassen zufolge, ist die Anzahl Bewohner in den wallonischen und Brüsseler Seniorenheimen zwischen 2019 und 2020 um 6,5% zurückgegangen. Das berichtet am 3. August das Grenzecho.

Diese Entwicklung stehe im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie. Laut Sciensano seien 51%, die an oder mit Covid-19 gestorben sind, Bewohner eines Seniorenheimes gewesen.

Meine Frage an Sie, Herr Minister, lauten:

- *War eine solche Entwicklung auch in den WPZS der DG zu beobachten?*
- *Hat die Covid-19 Pandemie einen Einfluss auf die Wartelisten?*